

Maßstäbe des Denkmalschutzes überprüfen

Kornwestheim Kommunalpolitiker der CDU tagen auf dem Salamander-Areal. Von Werner Waldner

Die SPD hat ihr Godesberger Programm, die FDP die Wiesbadener Grundsätze, die CDU ein Ludwigshafener Programm. Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CDU Baden-Württemberg hat seit Samstag Kornwestheimer Thesen. Sie sind bei der Landestagung auf dem Salamander-Areal einstimmig verabschiedet worden. Ebenso einstimmig verlief die Wahl zum Landesvorstand: Thorsten Frei, Oberbürgermeister in Donaueschingen, wurde als Vorsitzender im Amt bestätigt. Die zweitbeste Stimmzahl bei den Beisitzerwahlen fuhr Kornwestheims Finanzbürgermeister Dietmar Allgaier ein.

In ihren zehn Kornwestheimer Thesen streifen die CDU-Kommunalpolitiker aus dem Land eine Bandbreite von Themen, die nahezu alle Städte und Gemeinden betreffen. Das sind einige der Forderungen aus dem Programm:

- Schulen sollen zu Bildungshäusern werden. Die Kapazitäten, die sich durch frei werdende Räume und rückläufige Schülerzahlen ergeben, sollten für Ganztagsbetreuung und Hortangebote genutzt werden.

- Das Land soll wieder Geld für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Der Anteil der Bevölkerung, der auf kostengünstige Wohnungen angewiesen sei, steige stetig.

- Die moderne Technik soll für den Bürgerservice eingesetzt werden. „Der Ausbau der Breitbandverkabelung sollte durch finanzielle Anreize vom Land flächendeckend vorangetrieben werden.“

- Die Kommunen im Land sollen enger zusammenarbeiten.

- Dem Denkmalschutz wird nach Ansicht der KPV eine zu hohe Bedeutung beigemessen. „Aspekte des Denkmalschutzes sollten hinter wirtschaftlichen Aspekten der Kostenreduktion angestellt werden können.“

Es sei für Kommunen nicht verkraftbar, Bäder oder Schulgebäude aus Denkmalschutzgründen erhalten zu müssen, die für ihre ursprüngliche Funktion nicht mehr benötigt werden. Das Land soll die Maßstäbe des Denkmalschutzes überprüfen.

Natürlich hat die christdemokratischen Kommunalpolitiker auch das Thema Stuttgart 21 beschäftigt. In einer Resolution bekannten sie sich einmütig zu dem Projekt, auf das auch Gastredner Peter Hauk, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, abhob. Er bewertete den Beginn des Schlichtungsverfahrens positiv. KPV-Vorsitzender Thorsten Frei verbindet mit der Entwicklung des Projekts aber auch einige Lehren: Die Genehmigungsverfahren müssten künftig schneller vonstattengehen, außerdem müsse die Bürgerbeteiligung zeitgemäßer werden. Und sicherlich sei es künftig auch notwendig, bei Großprojekten ein eigenes Budget für Öffentlichkeitsarbeit einzuplanen, so der Donaueschinger Oberbürgermeister.

Frei mahnte in seinem Rechenschaftsbericht einen genauen Blick auf die Sozialausgaben der Kommunen an. „Es muss zu denken geben, wenn in den vergangenen 40 Jahren der Anteil der Sozialausgaben von 15 auf 35 Prozent gestiegen ist.“ Den Städten und Gemeinden würden dadurch die Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen genommen, so Frei.



Gastredner bei der KPV in Kornwestheim: Peter Hauk, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Foto: Horst Dömötör